

New York

WIRTSCHAFT VERÄNDERN
NFT GESTALTEN.

Kai Wegner:
Berlin und
die Freiheit

Im Dialog mit
Manja Schreiner und
Reinhard Bütkofer

Die grauen Herren und
die Bürokratie

Chatkontrolle und KI-Zensur

Ort des
küchen
studio
dialog



randu
KÜCHEN. INTERIOR. DESIGN.

Showroom: Uhlandstr. 118 - 10717 Berlin - Wilmersdorf

Lieber Leser,

gemeinsam mit dem Liberalen Mittelstand Berlin konnte sich die NewsMark-Redaktion an sechs spannenden Ausgaben des Küchen-Studio-Dialog erfreuen. Eine Erkenntnis bleibt: Politikern fehlt der Mut für Zukunftsvisionen. Bürokratieärger ist durch unsere Unternehmer zum größten Hemmnis für das Wirtschaftswachstum erkannt. Die Bürokratie als Zeitdieb sowie die grauen Herren in Michael Endes Momo. In ihrer Ansprache zur Verleihung des Masters erklärte die junge Akademikerin Selen Tatveren „Der Moment, in dem ChatGPT plötzlich populär wurde, war das größte akademische Wunder unserer Generation.“ Weiter hieß es in dem Vortrag, sie ist davon überzeugt, dass dies einige Noten gerettet hat. Aber wo stehen wir? Dass wir nun ein Digitalisierungsmi-nisterium haben ist klasse, aber kommen wir auf die Bürokratie zurück: Die EU-Chatkontrolle wirkt sich auf unsere Freiheit aus, guter Gedanken überreguliert. Und bevor das KI-Zeitalter richtig in Fahrt kommt, wird es durch eine Klage der GEMA ausgebremst. Texte, die im Internet frei zugänglich sind, dürfen von ihr nicht benutzt werden. Wird hier die Künstliche Intelligenz zum Opfer von Zensur? Falls das so ist, wir versuchen es in dieser Ausgabe NewsMark zu klären, dann darf uns das nicht egal sein, sagt unser Autor.

Ein Thema, das uns auch in das neue Jahr begleiten wird. In unserem Heft finden Sie überall QR-Codes. Halten Sie Ihre Handy-Kamera drauf. Der Code wird gescannt und gibt den Link zum Artikel auf unserer Webseite frei.

Viel Spaß bei der Lektüre.

Christian Grosse



Jörg Wachsmuth

Inhalt

Panorama	4
... und es war Herbst in Berlin	
Bürokratie	6
Die Grauen Herren und die Bürokratie:	
Küchen Studio Dialog	9
Wirtschaft braucht klare Entscheidungen	
Europa	10
Wie die EU-Chatkontrolle auf die Freiheit wirkt	
Globalisierung	11
Der kommende China-Schock	
TXL	12
Das Tegel Projekt mit großen Schritten in die Smart-City-Zukunft	
Digitales	14
KI als Opfer von Zensur – Warum uns das nicht egal sein kann	
Freiheit	17
Berlin als Bühne der Freiheit	
Finale	18
Zwischen Elbe und Federkleid – Die Krähengrenze in Deutschland	

NewsMark

Wirtschaft verstehen, Zukunft gestalten

www.newsmark.de
1. Jahrgang 2025

Verlag und Redaktion:
Wachsmuth Medien GmbH,
Schloßstraße 129
D-12163 Berlin

Telefon: 030 / 626 088 27
Telefax: 030 / 626 088 29
E-Mail: redaktion@newsmark.de

Herausgeber:
Liberaler Mittelstand Berlin e.V.

Chefredakteur (V.i.S.d.P): Jörg Wachsmuth
Autoren / Redakteure: Christian Grosse, Bastian Schmidt, Oliver Springer, Jörg Wachsmuth, Max Werner. Es kommt auch KI-Technik zum Einsatz.

Layout: Wachsmuth Medien GmbH
Druck: Saxoprint

Vertrieb (Anzeigen): Christian Grosse
Anzeigen: Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1 (gültig seit Juli 2025)

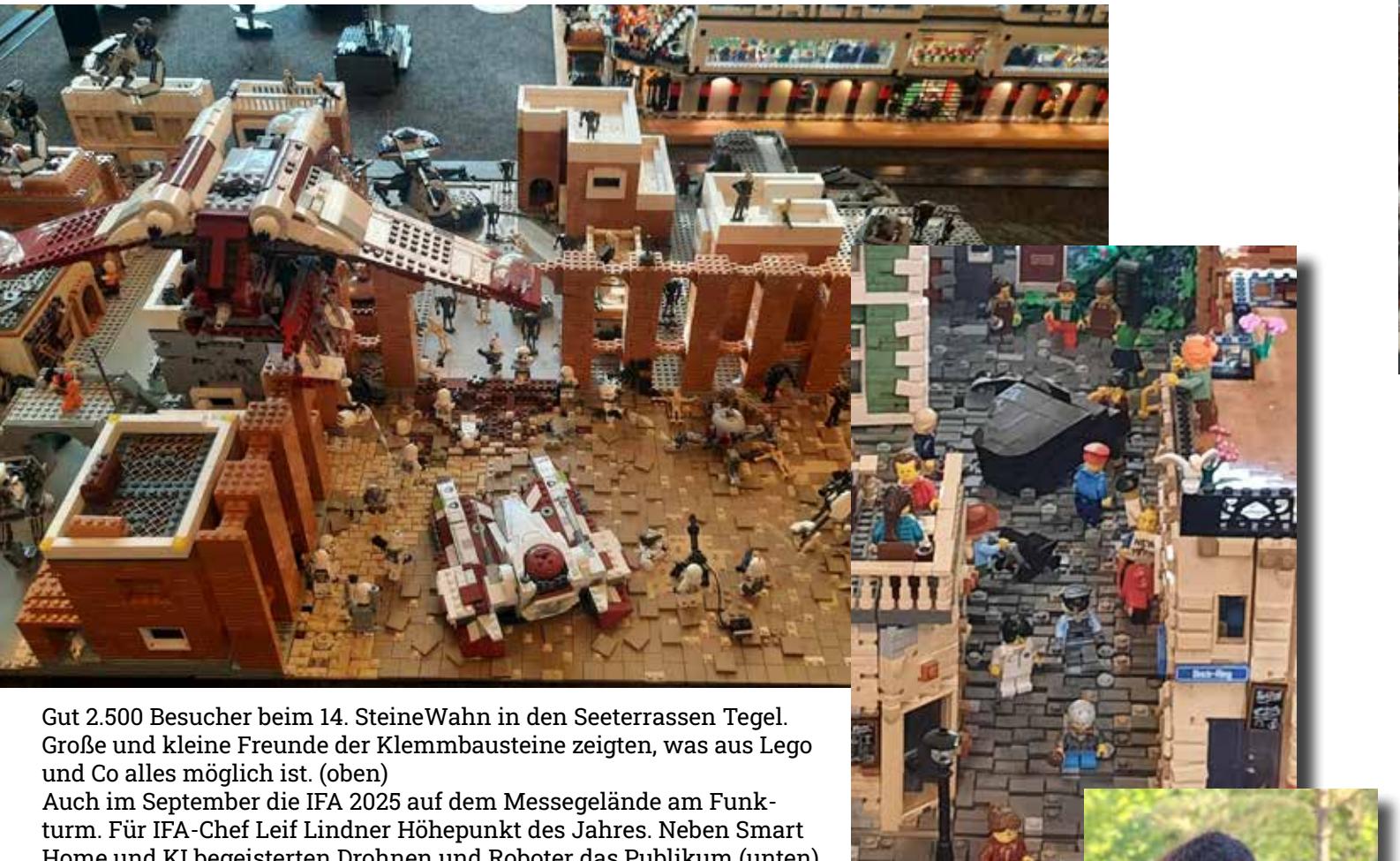
NewsMark erscheint alle drei Monate und geht den Mitgliedern des Liberalen Mittelstand Berlin e.V. als Mitgliedermagazin zu. Für 4,50 Euro pro Ausgabe kann die Zeitschrift abonniert werden oder im Digitalabonnement für 3,00 Euro pro Ausgabe bezogen werden. NewsMark liegt in relevanten

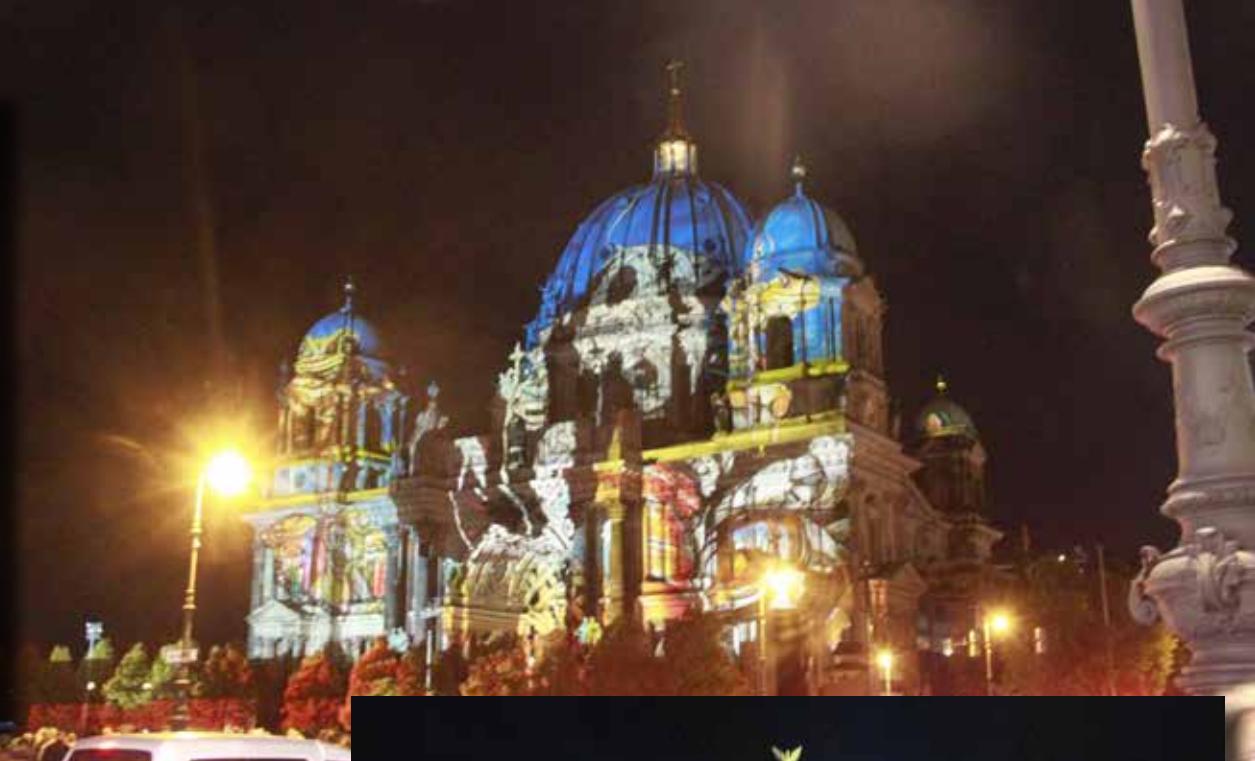
Einrichtungen und Geschäften aus. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die des Herausgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Unterlagen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion und Quellenangabe gestattet. Postzustellung und Nachbestellung: Gegen eine Gebühr von 6,50 Euro pro Heft kann NewsMark per Postzustellung bezogen werden.

©WMG 2025 / 2026

ONLINE GEDRUCKT VON
SAXOPRINT

... und es war Herbst in Berlin





Während pünktlich mit dem 30. August das Weihnachtsgebäck zurück war (oben links), feierte Berlin vom 8. - 15. Oktober das 21. Festival of Lights (rechts)



Stella Mokaya Orina, Botschafterin von Kenia begrüßte zum Open Day in der Botschaft (links) und der Liberale Mittelstand Berlin e.V. wurde von STOFF 2 und der Urban Tech Republic auf dem TXL-Gelände empfangen.



Mitte September beim Deutsch-Polnischen Wirtschaftsforum Dr. Helena Melnikov, Hauptgeschäftsführerin der DIHK (rechts), Katherina Reiche, Bundesministerin für Wirtschaft und Energie trifft den polnischen Amtskollegen Andrzej Domański, Minister für Finanzen und Wirtschaft (oben) - Tag der Befreiung für die letzten Hamas-Geiseln im Roten Rathaus trifft Ron Prosor Botschafter von Israel, auf Kai Wegner (rechts)



Die grauen Herren und die Bürokratie: Wie Unternehmern die Zeit gestohlen wird

Als Michael Ende 1973 seinen Roman „Momo“ veröffentlichte, ahnte er nicht, wie zeitlos seine Kritik an den „grauen Herren“ bleiben würde. Sie stehlen den Menschen die Zeit, indem sie sie zu immer mehr Effizienz und Produktivität drängen – und dabei das Wesentliche vergessen: das Leben selbst. In den Romanen des 1995 verstorbenen Schriftstellers, eines der erfolgreichsten deutschen Jugendbuchautoren, war immer wieder ein Stück Gesellschaftskritik zu finden.

Heute, über 50 Jahre später, bleibt die Geschichte um Momo weiterhin populär, kam doch gerade dieses Jahr eine Neuverfilmung des Bestellers in die Kinos. Die grauen Herren sind aber längst Teil unserer Realität. Aus Sicht der Wirtschaft tragen sie die Namen Bürokratie, Berichtspflichten und Verwaltungsaufwand. Unsere Unternehmer kämpfen nicht nur mit Märkten und Fachkräftemangel, sondern auch mit Formularen, Fristen und regulatorischen Labyrinthen. Die Frage ist: Hat sich seit „Momo“ etwas verbessert – oder ist die Bürokratie noch dichter geworden?

Bürokratiebelastung in Deutschland und Europa

Laut einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage aus 2025 sehen 28 % der deutschen KMU die Bürokratie

als ihr größtes Problem an, in Österreich sind es 42 %, in Tschechien sogar 50 %. Länder wie Finnland (22 %) und Norwegen (18 %) schneiden hier deutlich besser ab, dies auch dank konsequenter Digitalisierung und Verwaltungsvereinfachung.

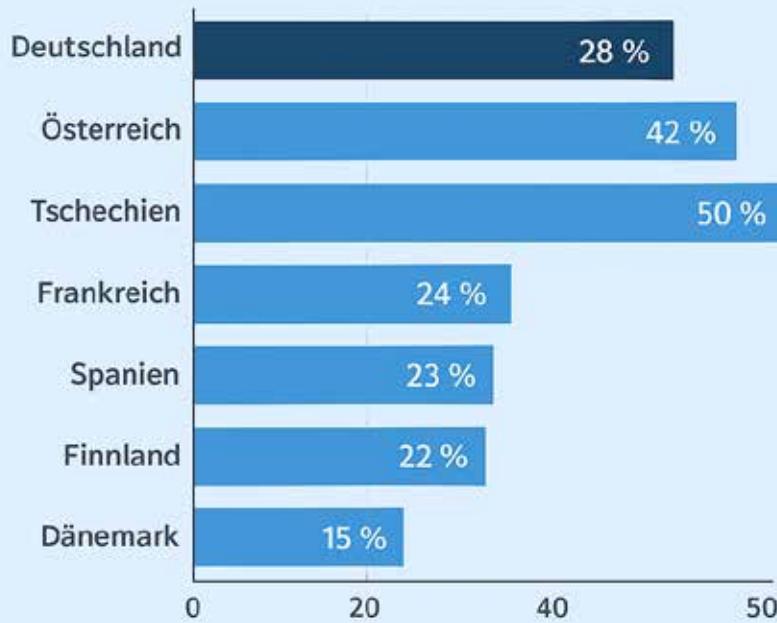
In Deutschland müssen KMU durchschnittlich 32 Stunden pro Monat in Bürokratie investieren – das entspricht fast einer kompletten Arbeitswoche und bindet nicht nur Zeit und Arbeitskraft, sondern verursacht auch erhebliche Kosten. Kurz: Bürokratie hält von der Arbeit ab, stiehlt Zeit, so wie die grauen Herren in „Momo“.

Nach dem KfW-Mittelstandspanel werden 7 % der gesamten Arbeitszeit der KMU in bürokratische Prozesse investiert. Das sind hochgerechnet auf die Wirtschaft 1,5 Milliarden Arbeitsstunden jährlich und damit Kosten von rund 61 Milliarden Euro, allein für die Arbeitszeit. Das ifo Institut stellte im November 2024 in einer Studie fest, dass die Bürokratie die deutsche Wirtschaft jährlich bis zu 146 Milliarden Euro Wirtschaftsleistung kostet. Um die Debatte um das Deutschland-Ticket kurz aufzugreifen: Kostenloser Nahverkehr in ganz Deutschland würde rund 15 Milliarden Euro pro Jahr kosten und sich sicher positiv auf den CO2-Ausstoß auswirken, ein Jahr ohne Bürokratie spart so viel ein, wie zehn kostenlose Jahre ÖPNV kosten.

Der Normenkontrollrat warnt: „Die Bürokratie wächst nicht nur in der Tiefe, sondern auch in der Breite. Immer mehr Unternehmen werden durch indirekte Berichtspflichten belastet.“ Und die Folgen durch den Bürokratie-Overkill sind empfindliche Strafen und Ordnungsgelder durch eigens geschaffene Behördenmonster, die dann dazu führen, dass überforderte Mittelständler

Bürokratieaufwand in der EU

Anteil der KMU, die über 10 % ihrer Zeit mit Bürokratie verbringen





Der Schriftsteller Michael Ende übte in seinen Romanen auch Gesellschaftskritik, wie etwa in „Momo“, der 1973 erschienen ist (Foto: KI-Art für NewsMark)

auch in Firmen- und sogar Privatinsolvenzen getrieben werden. Seit Jahren schreiben sich die Bundesregierungen den Kampf gegen die Bürokratie auf die Fahnen, scheitern aber immer wieder an den Mühlen der eigenen Verwaltung.

Auch die ehemalige Berliner Verkehrssenatorin und heutige Geschäftsführerin der IHK Berlin weiß Erstaunliches zu berichten – sie war im August 2025 zu Gast im Küchen-Studio-Dialog in Berlin.

„Entlastungskabinett“ Die Beschlüsse vom 5. November 2025

Der Kampf gegen die Bürokratie wird auch von der aktuellen Bundesregierung unter Kanzler Merz gefochten, Anfang November 2025 wurde eine Kabinettsitzung ausschließlich dem Bürokratieabbau gewidmet. Dort gab es erste konkrete Maßnahmen. Der Wohnungsbau-Turbo soll Abweichungen vom Planungsrecht bis 2030 ermöglichen und für eine Entlastung von über 2,5 Mrd. Euro sorgen. Ein Vergabebeschleunigungsgesetz soll zu einer Vereinfachung öffentlicher Aufträge führen, die geschätzte Entlastung ca. 380 Mio. Euro bewirken. Durch die Digitalisierung von Fahrzeugpapieren – etwa dem Führerscheinnachweis per Smartphone –, durch die Digitalisierung von Immobilienkaufverträgen sowie durch eine elektronische Zusammenarbeit von Notaren, Gerichten und Behörden und durch den Wegfall des Heizungslabels sollen weitere Entlastungen geschaffen werden. Kurzfristig summieren sich die Einsparungen auf rund 157 Mio. Euro, mittelfristig sollen über 10 Mrd. Euro an Bürokratiekosten wegfallen. Ein erster Schritt, der aber immer noch viel Platz

nach oben bietet.

Holger Schwannecke, Generalsekretär des Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), mahnt: „Die Kommission hat große Erwartungen geweckt. Nun ist entscheidend, dass den Ankündigungen auch Taten folgen.“

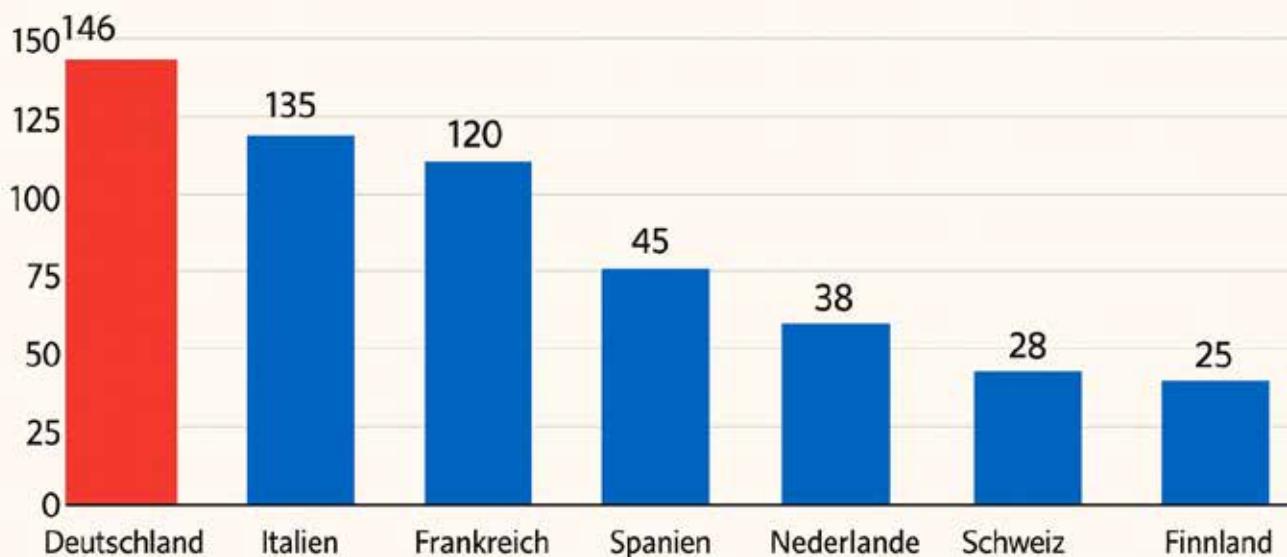
Schulbildung und Finanzkompetenz – der blinde Fleck

Das Bürokratieproblem wird aber schon im Bildungssystem gezüchtet. Auch wenn Bildung Ländersache ist, sollte Bildung mit der Zeit gehen, damit Deutschland nicht mit der Zeit gehen muss. Schon heute beklagen Unternehmen die immer schlechter werdende Bildung der zum Teil viel zu wenigen Bewerber um die Ausbildungsplätze. In der Eurydice-Studie 2024/25 zeigt sich, dass nur in 12 von 39 europäischen Bildungssystemen eine Finanzbildung systematisch im Lehrplan verankert ist.

Deutschland liegt hier, wenig überraschend, im unteren Drittel: Steuer- und Finanzwissen wird meist erst ab Klasse 9 vermittelt, aber oft nur optional. Länder wie Finnland und Estland integrieren wirtschaftliche Bildung bereits ab der Sekundarstufe I in die Schulbildung – mit messbaren Erfolgen bei Gründungen und Selbstständigkeit. Die Folge bei uns: Viele deutsche KMU stolpern in die Bürokratie, ohne das nötige Rüstzeug und Wissen. Zeit, die produktiver eingesetzt werden kann, geht unproduktiv verloren.

Bürokratiekosten pro Jahr (EU-Vergleich)

In Milliarden Euro



Bürokratieabbau auf europäischer Ebene

Aber die EU hat den Bürokratieabbau zur Priorität erklärt, wurde ihr doch in der Vergangenheit, vor allem von ihren Gegnern gerne vorgeworfen, ein Bürokratie-Tiger zu sein. Das Rezept sind die im Februar 2025 vorgestellten EU-Omnibus-Pakete. Das Ziel ist eine Reduktion des Verwaltungsaufwands um 25 %, für KMU sogar um erstaunliche 35 %. Erste Pakete sind im November vom EU-Parlament beschlossen worden. Sie zielen auf die Vereinfachung von Nachhaltigkeitsberichterstattung, Lieferkettenpflichten, Investitionsprogrammen und Agrarregeln. Parallel gibt es sektorale Vereinfachungen, etwa in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für Bio- und Kleinbauern. Laut einer Studie des Prognos-Instituts könnten dadurch jährlich über 6 Mrd. Euro an Verwaltungskosten eingespart werden.

Der bis 2024 amtierende DIHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Martin Wansleben forderte noch zu seiner Amtszeit: „Eine Bürokratie-Trendwende in Europa ist notwendig. Die Bürokratie darf nicht länger Wachstum und Innovation behindern.“ Weiter warnt er aus dem EU-Plan „One in, one out“ ist „Five in, one out“ geworden, so schaffte Brüssel im Sommer 2023 für jede abgeschaffte EU-Reglung fünf neue Gesetze.

„Am effizientesten ist es, dafür zu sorgen, dass erst gar keine neue Bürokratie entsteht. Deutschland muss hierbei Tempo machen und auch selbst Vorbild sein“, so Wansleben weiter. Viele Anregungen finden sich

hier sicher in der Entlastungs-Agenda der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), in der 50 konkrete Vorschläge für den Abbau bestehender und die Vermeidung zukünftiger EU-Bürokratie zu finden sind. Aber scheinbar geht es voran, zumindest in der Theorie. Die Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung, ein umfassendes Reformprogramm der Bundesregierung, das am 1. Oktober 2025 beschlossen wurde, hat zum Ziel, einen schnellen, digitalen und handlungsfähigeren Staat zu schaffen. Dieser soll Bürokratie abbauen, Verwaltungsprozesse vereinfachen und die Bundesverwaltung effizienter gestalten. Das neu gegründete Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung unter Bundesminister Karsten Wildberger hat hier die Federführung. Der Anlass dafür: Über 80 % der Bürger und 90 % der Unternehmen sehen Bürokratie als Belastung an.

Zeit zurückgewinnen wie Momo

Die Geschichte von „Momo“ lehrt uns, dass Zeit nicht nur eine Ressource ist, sondern ein Wert. Unternehmer brauchen Freiräume, um kreativ, strategisch und menschlich zu handeln. Bürokratie darf nicht länger ein System sein, das Zeit hortet – sondern muss zu einem Werkzeug werden, das Zeit freigibt. Die grauen Herren sind noch unter uns – aber vielleicht ist es Zeit, ihnen die Zigarren endgültig auszublasen, auch die elektrischen. | Autor: Jörg Wachsmuth



Wirtschaft braucht klare Entscheidungen

Manja Schreiner beim Küchen-Studio-Dialog

Der Liberale Mittelstand Berlin lud im September zum Küchen-Studio-Dialog mit Manja Schreiner, Hauptgeschäftsführerin der IHK Berlin. Vor Unternehmerinnen und Unternehmern sprach sie über die zentralen Herausforderungen der Hauptstadtirtschaft: Fachkräftemangel, Bürokratie und Standortpolitik.



Manja Schreiner zwischen Randolph Duda von randu Küchen und Christian Grosse vom Liberalen Mittelstand Berlin (Fotos: Newsmark)

Mit 340.000 Mitgliedern, darunter 200.000 Solo-Selbstständige, ist die Berliner Wirtschaft kleinteilig und vielfältig. Schreiner betonte, dass die IHK Berlin nicht nur Service und hoheitliche Aufgaben leistet, sondern vor allem politische Interessen vertritt.

Besonders kritisch sieht die ehemalige Berliner Ver-

kehrssenatorin die geplante Ausbildungsplatzabgabe: „Das ist ein Bürokratiemonster, das Betriebe belastet, die gar nicht ausbilden können.“ Statt Zwang setzt die Kammer auf Projekte wie gezielte Berufsorientierung und internationale Kooperationen – etwa mit Namibia, wo ein Ausbildungszenrum entstehen soll.

Auch die Standortpolitik stand im Fokus. Berlin brauche bessere Vergaberegeln, sonst bleibe das Infrastrukturprogramm liegen. Zudem müsse die Luftverkehrsanbindung verbessert werden: Langstreckenverbindungen ab BER seien entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit. Die IHK investiert sogar eigenes Geld, um Airlines für Berlin zu gewinnen. Schreiner erinnerte an die Tangentialverbindung Ost (TVO), die sie als Senatorin durch eine klare Entscheidung voranbrachte: „Manchmal braucht es Mut, einfach zu handeln.“

Ein weiteres Kernproblem ist die Bürokratie. Unternehmer wollen sich auf ihr Geschäft konzentrieren, nicht auf Regulierungen. Die IHK startet deshalb eine Umfrage, um konkrete Belastungen zu identifizieren und der Politik vorzulegen. Ziel: spürbare Entlastung und mehr Luft zum Atmen für den Mittelstand.

Der Abend zeigte: Wirtschaftspolitik braucht Pragmatismus und Entscheidungsfreude. Mit Formaten wie dem Küchen-Studio-Dialog setzt der Liberale Mittelstand Berlin auf direkten Austausch – praxisnah, kritisch und lösungsorientiert. | Autor: Bastian Schmidt

Mehr zum Thema auch auf unserer Homepage newsmark.de oder QR-Code scannen

**küchen
studio
dialog**



Manja Schreiner (Foto: Newsmark)

Manja Schreiner:

(geboren 1978 in Wismar)

Juristin & Managerin – promovierte Rechtswissenschaftlerin, seit Januar 2025 Hauptgeschäftsführerin der IHK Berlin.

Politische Erfahrung – CDU-Mitglied seit 2012, von 2023 bis 2024 Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt in Berlin.

Beruflicher Werdegang – Stationen u. a. beim BDI, Zentralverband des Deutschen Handwerks und als Hauptgeschäftsführerin der Fachgemeinschaft Bau Berlin-Brandenburg.

Themenschwerpunkte – Bürokratieabbau, Fachkräfte sicherung, duale Ausbildung und wirtschaftsfreundliche Standortpolitik.

Privat – verheiratet, zwei Kinder, lebt mit ihrer Familie in Berlin.



Wie die EU-Chatkontrolle auf die Freiheit wirkt

George Orwells „1984“ ist die düstere Vision eines totalitären Überwachungsstaats, der jegliche Freiheit erstickt.

EU-Chatkontrolle

Ist die Europäische Union dieser Vision mit der Einführung der Chatkontrolle ein Stück näher gekommen? Die Antwort lautet: Ja.

Diese Frage mussten sich die EU-Mitgliedsstaaten hinsichtlich der Abstimmung über die umstrittene Chatkontrolle stellen. Die ursprünglich für Ende Oktober 2025 geplante Überwachungsmaßnahme sollte final beschlossen werden. Da sich die Bundesregierung bislang nicht einigen konnte, wie sie abstimmen will, wurde die Abstimmung verschoben. Eine Befürwortung Deutschlands hätte bedeutet, dass es für dieses Vorhaben erstmals eine Mehrheit im Rat gegeben hätte. Dies war nicht der Fall.

Warum Chatkontrolle?

Die EU verfolgt Pläne für automatisierte Chat-Scans, im Übrigen auch bei Verdachtslosigkeit, und von Hostingdiensten, zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch, Kinderpornografie und andere damit verbundene kriminelle Handlungen. Die Idee ist gut. Die Folgen davon sind bei jedem Einzelnen zu spüren. Die vorgeschlagene Umsetzung führt zur Massenüberwachung der EU-Bürger.

Hostinganbieter, Chat-Dienste, Cloud-Speicher usw., sollen verpflichtet werden, die Daten zu überprüfen, und „Treffer“ an staatliche Stellen zu melden.

Die geplanten Maßnahmen untergraben Grundrechte, schaffen Sicherheitslücken und führen zu einer Infrastruktur, die, einmal etabliert, zur Überwachung eines jeden EU-Bürgers führen kann.

Nutznießer dieser Maßnahmen sind Privatunternehmen, die eine Überwachung jederzeit und ohne Anlass durchführen können. Die Kontrollmechanismen gehen noch weiter. KI-Systeme analysieren und sprechen Verdächtigungen aus, denen Strafverfolgungsbehörden nachgehen können. Existenzien werden zerstört, weil die KI falsch lag. Können dagegen Rechtsmittel eingelegt werden? Diese Frage zu beantworten ist aktuell unmöglich.

Der EU-Kommission muss die Gefährlichkeit dieses Vorhabens bewusst sein, sowie die Tatsache, dass jedes europäische Gericht eine Verordnung kippen würde, wenn staatliche Stellen selbst die Überwachung vornehmen würden.

Daher wählt sie den Weg, die Überwachung an Privatunternehmen auszulagern.

Über sogenannte Open-Source-Alternativen ließe sich die Überwachung verringern. Jedoch wird die organisierte Kriminalität diese Alternativen sofort nutzen. Es verbleibt die Einschränkung der Bürgerrechte für jeden: ohne jeglichen Richterbeschluss, ohne Kontrolle und ohne Nutzen für das ursprüngliche hehre Ziel des Kinderschutzes.

Der Preis der Überwachung: Einschränkung von Freiheit und Demokratie

Die EU-Chatkontrolle ist ein Trojanisches Pferd: Heute „Kinderschutz“, morgen Zensur. Gegen das EU-Vorhaben formulieren Hunderte von IT-Experten, Journalisten, Rechtswissenschaftlern, Juristen, Datenschutzbeauftragten und Intellektuellen zahlreiche rechtsstaatliche Bedenken. Dies sind unter anderem:

- Artikel 10 des Grundgesetzes (Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.)
- Verstoß gegen Art. 7 und 8 der EU-Grundrechtecharta (Privatsphäre, Datenschutz).
- Kein Richtervorbehalt: Algorithmen entscheiden über „Verdächtigkeit“ – der Willkür sind Tür und Tor geöffnet.
- Demokratie-Risiko: Staatliche Kontrolle über die Kommunikation erodiert das Vertrauen in den Staat selbst.
- IT-Sicherheit: Sobald das System gehackt ist, haben staatliche und kriminelle Hacker Zugriff auf nahezu alle privaten Informationen der Bürger.
- Generalverdacht gegen jeden.

Praktische Folgen:

• Selbstzensur: Menschen vermeiden sensible Themen in der Kommunikation. Ein Effekt, den Deutschland zuletzt unter der Nazi-Herrschaft erlebte und den man ansonsten aktuell beispielsweise in Russland, China und seit Kurzem in den USA sieht.

• Zensur-Infrastruktur: Einmal gebaut, lässt sie sich missbrauchen (vgl. Ungarns „Souveränitätsgesetz“, welches von der EU-Kommission kritisiert wird).

Die dänische Ratspräsidentschaft hat das Thema vorerst von der Tagesordnung genommen. |
Autor: Christian Grosse



Der kommende China-Schock

Reinhard Bütikofer warnt vor systemischer Bedrohung für den Mittelstand



Europapolitiker Reinhard Bütikofer als Guest beim Küchen-Studio-Dialog mit fesselnden Ausführungen zu China und dem Weltmarkt. Der Vortrag ist auch als Podcast nachhörbar. (Fotos: Newsmark)

Im fünften Küchen-Studio-Dialog des Liberalen Mittelstands Berlin analysierte Reinhard Bütikofer die wirtschaftspolitischen Herausforderungen durch Chinas Aufstieg. Der langjährige Europaabgeordnete und China-Experte warnte eindringlich vor strategischen Versäumnissen – insbesondere zulasten des Mittelstands.

China sei längst nicht mehr nur Werkbank, sondern ein industrielles Powerhouse mit globalem Einfluss. Mit der Strategie „Made in China 2025“ strebe die Volksrepublik die Führungsrolle in Schlüsseltechnologien wie E-Mobilität, Solarenergie und KI an.

„China produziert über 35 Prozent der weltweiten Industrieprodukte – und zwar in allen Sektoren“, so Bütikofer.

Die Strategie „Dual Circulation“ verfolge ein machtpolitisches Ziel: weniger Abhängigkeit vom Ausland, mehr Abhängigkeit des Auslands von China. Der Exportdruck wachse – mit spürbaren Folgen weltweit.

„In Chile musste das einzige Stahlwerk schließen – wegen chinesischer Dumpingpreise.“

Besonders kritisch sieht Bütikofer die Kluft zwischen Großkonzernen und Mittelstand. Während Unternehmen wie VW oder BASF tief im chinesischen Markt verankert seien, fehle dem Mittelstand die politische Rückendeckung.

„Wenn VW fällt, gibt's einen Bailout. Wenn der Mittelstand fällt – nicht.“

Ein Beispiel: Das Investitionsabkommen CAI hätte Großinvestoren bevorzugt, Mittelständler benachteiligt. Bütikofer war aktiv daran beteiligt, das Inkrafttreten zu verhindern.

Auch bei der Rohstoffversorgung sieht er Versäumnisse. Frühere Initiativen zur Diversifizierung scheiterten an fehlenden Abnahmeverpflichtungen der Industrie.

„China denkt nicht in Effizienz, sondern in Macht – und wir müssen endlich strategisch reagieren.“ Der Dialog mit Bütikofer war ein Weckruf: Europa muss industriepolitisch umdenken – und den Mittelstand gezielt stärken. | Autor: Max Werner

küchen
studio
dialog



Der Podcast zur Veranstaltungsreihe ist an vielen Orten erhältlich z.B. bei Spotify, Youtube, Audible aber auch unter kuechen-studio-dialog.letscast.fm oder QR-Code scannen



Das Tegel Projekt

mit großen Schritten in die Smart-City-Zukunft

Mit der Schließung des Flughafens Berlin-Tegel „Otto Lilienthal“, der am 5. Mai 2020 entwidmet wurde, erhielt Berlin viel freien Raum, und zugleich eine einmalige historische Chance: Auf dem riesigen Areal entwickelt die landeseigene Tegel Projekt GmbH mit Berlin TXL einen von Grund auf neuen Stadtteil, ein Modellquartier für nachhaltig urbane Innovation.

Die Tegel Projekt GmbH, gehört zu 100 % dem Land Berlin, wurde 2011 mit dem Ziel der Nachnutzung des Flughafens Tegel gegründet. Sie ist Eigentümerin eines Großteils der Flächen der Urban Tech Republic. Parallel zum Planen, Bauen und Betreiben entwickelt sie ein strategisches Stakeholder-Netzwerk, akquiriert Investoren, vermietet Flächen und ist zuständig für Marketing und Öffentlichkeitsarbeit. Sie beschäftigt ca. 100 Mitarbeiter.

Nachnutzungskonzept

Der rote Faden des Nachnutzungskonzepts ist die Vision einer besseren, weil sauberer und sozialen Stadt, hochmodern und innovativ, dabei naturnah und respektvoll im Umgang mit Ressourcen. Fachleute der verschiedensten Disziplinen entwickeln Hand in Hand ganzheitliche Lösungen, die Berlin TXL einzigartig machen. 2021 erfolgte der Startschuss für das Stadtentwicklungsprojekt. Dies zählt zu den größten und ambitioniertesten in ganz Europa.

Innovationspark Urban Tech Republic

Der Innovations-Campus Urban Tech Republic wird auf einer Fläche von 202 ha sichtbar. Hier werden künftig urbane Technologien erforscht, entwickelt, produziert, getestet und exportiert. Wissenschaft und Forschung treffen auf Industrie und Gewerbe sowie Startups auf Investoren.

Für den kuratierten Standort wurden sechs Kernthemen definiert: 1. klimaneutrale Energiesysteme und der effiziente Einsatz von Energie 2. umweltschonende Mobilität 3. sauberes Wasser 4. Recycling 5. der Einsatz neuer Materialien für Anwendungen wie nachhaltiges Bauen 6. die vernetzte Steuerung von Systemen.

Bei der Urban Tech Republic geht es darum, gemeinsam das Leben der Menschen in den Städten besser zu machen. Und zwar mithilfe von grünen Zukunftstechnologien in den Kernbereichen Energie, Mobilität, Wasser, Recycling, Werkstoffe sowie Informations- und Kommunikationstechnologien. Aktuell befinden sich ca. 40 Residents auf dem Gelände, u. a. die Solyco Solar AG (Photovoltaik-Module und Solarprodukte), die Alganize

GmbH (nutzt die Kraft der Mikroalgen, um Pestizide zu reduzieren), DuraHemp (entwickelt Baustoffe auf Basis von Hanfkalk) oder Germandrones GmbH (Deutschlands führender Hersteller von senkrecht startenden und landenden unbemannten Luftfahrzeugen (VTOL UAV)).

Das Schumacher Quartier als Smart City

Auf dem Areal des ehemaligen Flughafens Tegel entsteht auf 46 ha Fläche ein smartes Wohnquartier, das Schumacher Quartier. Dieses wird über 5.000 Wohnungen für mehr als 10.000 Menschen bieten – mitsamt den dazugehörigen Einrichtungen wie Schulen, Kitas, Sportanlagen, Einkaufsmöglichkeiten und viel Grün. Als nachhaltiges und sozial gemischtes Areal wird es einen wichtigen Beitrag zur Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsstrategie der deutschen Hauptstadt leisten. In einer Charta haben sich alle beteiligten Institutionen auf sieben Leitlinien für die Entwicklung des Schumacher Quartiers geeinigt: Dies sind: 1. Urbane Lebensräume, 2. Wohnen für alle, 3. Stadtgrün und öffentlicher Raum, 4. Offene Bildungslandschaft, 5. Klimagerechte und wassersensible Stadtentwicklung, 6. Quartier mit umweltfreundlicher Mobilitätsgarantie, 7. Kommunikation, Partizipation und Transparenz.

Das Prinzip der Schwammstadt

Das Schumacher Quartier ist das Berliner Referenzprojekt für die klimaangepasste und wassersensible Stadtentwicklung, der sogenannten Schwammstadt. Eine Schwammstadt hält Regenwasser in der Siedlung zurück. In Hitzeperioden verdunstet es und kühlst das Quartier so ohne zusätzlichen Energieaufwand. Überschüssiges Wasser sickert langsam ins Grundwasser, statt durch die Kanalisation abgeleitet zu werden.

Mobilitätskonzept

Das innovative Verkehrskonzept im Schumacher Quartier setzt auf neue Mobilität. Neben aktiver Fortbewegung und dem ÖPNV ergänzen Mobility Hubs als mehrfunktionale Quartiersgaragen mit Bike- und Carsharing, Beratungsleistungen für innovative Verkehrs-



Die Zukunft von TXL im Überblick (Foto:Macina / Tegel Projekt GmbH)

mittel, Pkw-Stellplätzen, Werkstätten, Geschäften und Paketstationen das Mobilitätsangebot. Alle Mobility-Hubs liegen an wichtigen Umsteigepunkten wie Stationen für Bus und U-Bahn.

Energiekonzept

Berlin will bis 2050 klimaneutral werden. Mit einer innovativen Kombination unterschiedlicher Technologien entsteht in Berlin TXL ein urbanes Labor für ein CO₂-neutrales Stadtviertel. Das nachhaltige Energiekonzept für einen Standort dieser Größe ist weltweit einzigartig. Es geht weit über die Dekarbonisierung der Energieversorgung hinaus.

Das Besondere: Es handelt sich um ein Low-Exergie-Netz, das es möglich macht, erneuerbare und umweltfreundliche Wärmequellen zu nutzen, mit größtmöglicher Effizienz. Es wird mit Vorlauftemperaturen bis 40 Grad Celsius betrieben. Gegenüber klassischer Fernwärme mit Vorlauftemperaturen von teils über 100 Grad sind die Verluste im Low-Exergie-Netz deutlich geringer.

FUTR HUB

Der neue Stadtteil soll für die deutsche Hauptstadt ein Vorreiter auf dem Weg zu einer Smart City werden. Dafür brauchen die smarten Quartiere von Berlin TXL auch einen Ort für Innovationen und ein Partner-Netzwerk für die sinnvolle und sichere Nutzung von urbanen Daten. Berlin TXL bekommt eine moderne technische Infrastruktur mit leistungsfähigen digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), um diese Daten sinnvoll und sicher nutzen zu können. Mit der leistungsfähigen IT-Plattform FUTR HUB wird eine vernetzte digitale Infrastruktur aufgebaut.

Der FUTR HUB bildet smartes Umweltmonitoring, Verkehr, Energie- und Regenwassermanagement ebenso wie intelligente Steuerungssysteme für technische Infrastruktur integriert und die Prozesse des Facility-Managements am Standort ab.

Nachhaltiges Bauen

Um dem Bedarf an Wohnraum in Berlin klimafreundlich zu begegnen, wird der Werkstoff Holz favorisiert. Holz ist ein wichtiger CO₂-Speicher und nachhaltiger Baustoff. Das Schumacher Quartier soll ein Modellquartier für urbanen Holzbau werden, weltweit eines der größten. Schon die Gebäude des ersten Bauabschnitts sollen mit einem Holzanteil von mindestens 50 Prozent entstehen.

Eine Kooperationsstrategie zwischen Berlin und Brandenburg für den Aufbau einer Produktionskette für Holzbau und ökologische Baustoffe ist angestrebt, sowie die Zertifizierung nach den Kriterien der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB). In den benachbarten Quartieren Cité Pasteur und TXL Nord sind weitere 4.000 Wohnungen geplant.

Biodiversität als Planungsprinzip

„Animal Aided Design“ macht Berlin TXL zum Lebens- und Rückzugsraum für eine Vielzahl von Tierarten. Nach dieser Planungsmethode werden Freiflächen und Gebäude so gestaltet, dass sie die Bedürfnisse bestimmter Tierarten erfüllen. Für das Schumacher Quartier haben Experten 14 chancenreiche Zielarten identifiziert. Des Weiteren entstehen im Schumacher Quartier in unmittelbarer Umgebung rund 30 Hektar öffentliche Grünflächen, Spiel- und Stadtplätze. 190 ha Landschaftsraum der „Tegeler Stadtheide“ gehen in die bestehende Naherholungslandschaft jenseits des ehemaligen Flughafengeländes über und bieten einen großen, neuen naturnahen Erholungsraum. Ein Landschaftspark bildet den Übergang zwischen der Urban Tech Republic und dem östlich angrenzenden Schumacher Quartier. | Autor: Christian Grosse

Folge dem QR-Code: Auf Newsmark. de sind zu diesem Thema weiterführende Informationen und zahlreiche Bilder zu finden.



KI als Opfer von Zensur – Warum uns das nicht egal sein kann

Was ist das Recht auf freie Meinungsäußerung wert, wenn bereits die Gedanken censiert werden? Das ist keine theoretische Frage mehr. Zensur greift heute nicht erst, wenn eine Meinung öffentlich ausgesprochen wird. Sie setzt früher an – bei den Werkzeugen, mit denen Gedanken entstehen.

Künstliche Intelligenz in Form von Chatbots wie ChatGPT von OpenAI und Gemini AI von Google, ist längst im Alltag von Millionen Bundesbürgern präsent: beim Schreiben, Recherchieren, Übersetzen, Lernen oder Kommunizieren. Doch weil diese Systeme nicht alles sagen dürfen, beeinflussen sie still, worüber wir nachdenken – und was uns gar nicht mehr in den Sinn kommt. So verschiebt sich die Grenze der Denkfreiheit, ohne dass wir es merken.

Symptome der unsichtbaren Grenze

Manchmal wird diese Grenze plötzlich sichtbar: Der Nutzer stellt eine harmlose Anfrage, doch das Themengebiet ist sensibles Terrain, sodass die KI mit zum Beispiel „Dabei kann ich dir nicht helfen“ reagiert. Die Begründung für die Ablehnung klingt abenteuerlich und extrem vorsichtig im Verhältnis zur Harmlosigkeit der Anfrage. Dieses Ausweichen zeigt die Angst der Plattformen, irgendetwas zu sagen, wofür man in irgendeiner Form haftbar gemacht werden könnte.

Gefährlicher sind die unsichtbaren Filter wie bei den häufig vorkommenden Glättungen („Weichspüler“-Effekt) bei Inhalt und Stil. Die KI wurde auf Konfliktvermeidung trainiert, sie umschifft schwierige Themen und glättet kantige Formulierungen und Abweichungen vom Mainstream. Besonders deutlich wird das, wenn ein Nutzer seinen Stil präzise erklärt, die KI ihn versteht und zusagt, ihn umzusetzen – aber dann scheitert, weil hinterlegte Regeln es ihr verbieten.

Zensur setzt damit nicht erst bei der öffentlichen Äußerung ein, sondern beim Denken selbst. Wenn bestimmte Gedanken gar nicht erst entstehen können, wird das meist nicht bemerkt. Wo früher jemand Selbstzensur geübt und gedacht hat, „Das sage ich lieber nicht“, filtert schon die KI im Hintergrund.

Die gesellschaftliche Vorlage: Angst vor dem Risiko

Der Druck kommt selten vom Staat, sondern aus gesellschaftlichen Strukturen. Kritisiert wird oft nicht die Meinung des anderen, sondern dass er sie überhaupt vertritt. Statt Sachargumente gibt es Haltungsvorwürfe.

In einem solchen Klima wächst bei Unternehmen die Angst, selbst zum Ziel solcher Empörung zu werden. Wenn schon einzelne Formulierungen oder Themen

Auslöser öffentlicher Empörung sein können, erscheint es vernünftig, Risiken lieber im Voraus auszuschließen. Diese Haltung ist mittlerweile typisch für große Unternehmen. Kommunikationsabteilungen, Juristen und Ethikgremien entwickeln Richtlinien, die festlegen, was „sicher“ ist. Wenn KI-Sprachmodelle trainiert oder angepasst werden, übernehmen sie diese Regeln – oft automatisch, einfach weil sie in den Trainingsdaten enthalten sind.

Die Konzerne hinter den KI-Modellen gehen noch weiter: Sie investieren immense Ressourcen, um jede potenziell heikle Antwort zu verhindern. In der Branche spricht man vom Prinzip des „One bad output“ – ein einziger problematischer Satz kann reichen, um Imageschäden, Kursverluste oder politische Gegenreaktionen auszulösen.

Die Angst vor Schlagzeilen sitzt tief: „Chatbot lobt autoritäres Regime“, „KI empfiehlt gefährliche Hausmittel“, „Sprachmodell nennt Religion irrational“. Anhaltende Empörung, politische Forderungen, Anlegerpanik können folgen.

Vom Schutz zur algorithmischen Vormundschaft

Was als Schutz vor Risiken für Unternehmen oder Plattformen beginnt, mündet letztlich in einem Schutz vor Gedanken. Dieser Mechanismus, der zu einer algorithmischen Vormundschaft führt, beruht auf zwei eng miteinander verwobenen Dynamiken.

Erstens juristische und ökonomische Vorsicht: Unternehmen handeln aus der Notwendigkeit heraus, Haftungsrisiken, PR-Schäden und Shitstorms zu vermeiden. Die Systeme werden daher so konfiguriert, dass die KI nichts sagen darf, wofür man in irgendeiner Form haftbar gemacht werden könnte. Zweitens Qualitätsglättung: Die KI soll „brauchbare, sichere Antworten“ für den Durchschnittsnutzer liefern. Konfliktfreiheit wird zum Ziel, Abweichung und Ambiguität gelten als Fehler.

Jede Sicherheitsregel, ob aus Haftungsangst oder Effizienzgründen, verschiebt den Möglichkeitsraum des Modells. Das Ergebnis ist algorithmische Vormundschaft – faktisch eine Kindersicherung für Erwachsene, mit dem Anbieter als Erziehungsberechtigtem.



„Es bleibt dabei: Die Gedanken sind frei“, dichtete Hoffmann von Fallersleben 1842, aber gilt das auch in Zukunft? (Bild: KI-generiert)

Die Gefahr liegt in der stillen Durchdringung: Dieselben Modelle arbeiten inzwischen in Schreibassistenten, E-Mail-Programmen, Übersetzungsdielen und Lernplattformen. Dort filtern, glätten und sortieren sie im Hintergrund, ohne dass der Nutzer es bemerkt.

Damit wird Zensur zum Bestandteil der digitalen Infrastruktur. Sie entscheidet mit, welche Begriffe, Themen oder Formulierungen verfügbar sind – und welche gar nicht erst entstehen. Das ist deshalb so gefährlich, weil KI längst nicht mehr nur ein Werkzeug ist, sondern Mitautor unserer Gedankenwelt.

Das symbolische Detail

Ein scheinbar harmloser beim Lesen dieses Artikels bislang eventuell unbemerkt gebliebener Fehler verdeutlicht den Mechanismus: Nach dem Gedankenstrich in der Überschrift dieses Artikels müsste „warum“ kleingeschrieben werden – nach US-Grammatik ist die Großschreibung jedoch korrekt. Die Formulierung stammt von ChatGPT, das kommt aus den USA, wie alle in Europa relevanten Chatbots.

Sie wurden überwiegend mit englischsprachigen Datensätzen trainiert und nach US-Richtlinien optimiert. Viele dieser Systeme erzeugen Text intern auf Englisch und übersetzen ihn anschließend ins Deutsche, wodurch sich US-Konventionen leicht in die deutschen Texte einschleichen.

Nutzer übernehmen diese Ausgaben ungeprüft millionenfach in ihre eigenen Texte. Durch Wiederholung wird das Falsche allmählich zum Standard – die normative Kraft des Faktischen.

Wäre es bloß ein Grammatikphänomen, könnte man darüber schmunzeln und es als Klage eines Sprachpuristen abtun. Tatsächlich ist die Veränderung unserer Sprache, immerhin Betriebssystem unseres Denkens, nur die Spitze des Eisbergs: Die gleichen Mechanismen, die in der Sprache Normen verschieben, wirken längst auch im Denken, weil KI-Systeme mehr und mehr Teil unserer geistigen Infrastruktur werden.

Wir nutzen sie, um Texte zu formulieren, Entscheidungen vorzubereiten, Ideen zu sortieren. Diese Zusammenarbeit erweitert unsere Fähigkeiten enorm, aber wir übernehmen unbemerkt auch die Filter der Maschine.

Die KI vermeidet Konflikte, glättet Widersprüche und optimiert auf das, was in ihren Daten als Mainstream gilt. Der Denkprozess selbst wird risikoavers. Die meisten Nutzer hinterfragen das kaum – die Antworten erscheinen sachlich, neutral, plausibel.

Autor: Oliver Springer – natürlich mit Unterstützung von KI (vor allem NotebookLM, ChatGPT, Grok und Claude AI)



Freiheit stärken, Mittelstand fördern – für ein starkes Berlin!



Foto: Adobe Stock

Für weniger Bürokratie, mehr Innovation und eine starke Wirtschaft. Mittelstand stärken, Berlin voranbringen – gemeinsam für eine bessere Zukunft.

liberaler-mittelstand.com/berlin

 **liberaler mittelstand**
Berlin

Berlin als Bühne der Freiheit

Vom 8.- 15. November 2025 fand in Berlin die erste „Berlin Freedom Week“ statt. Schirmherr ist Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner. Diese wurde initiiert von visitBerlin, der Axel Springer Freedom Foundation, dem World Liberty Congress, dem Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der Robert-Havemann-Gesellschaft.

Über 170 Veranstaltungen an mehr als 90 Orten zogen mehr als 10.000 Bürger in die Stadt der Freiheit - von



Kai Wegner bei der Berlin Freedom Week
(Foto: Christian Grosse)

Konferenz- und Dialogformaten über Ausstellungen, Führungen, Lesungen, Film, Theater und weiteren Kunstaktionen bis hin zu kulinarischen Events. Die erste „Berlin Freedom Week“ ermöglichte Austausch und Begegnungen mit Demokratieverteidigern aus aller Welt.

Grosse Resonanz und internationale Aufmerksamkeit

Seit der Eröffnung der „Berlin Freedom Week“ griffen zahlreiche deutsche und internationale Medien das Thema auf und erzielten eine Reichweite von mehr als 92 Millionen. Es fanden verschiedenste Veranstaltungsformate an zahlreichen Orten statt: von der ehemaligen Stasi-Zentrale am Campus für Demokratie in Berlin-Lichtenberg, über die Abhörstation am Teufelsberg, die Markthalle Neun, Berliner Fluchttunnel, das Berliner Abgeordnetenhaus, den deutschen Bundestag, die Stiftung Neue Synagoge Berlin - Centrum Ju-daicum, mehreren Botschaften und Kinos bis hin zum

NEWSMARK

Besucherzentrum des Bundesnachrichtendienstes.

World Liberty Congress

Am 8. und 9. November 2025 fand im Berliner Abgeordnetenhaus die Generalversammlung des „World Liberty Congress“ statt. Es ist die größte globale Demokratie-Allianz mit mehr als 200 Dissidenten aus mehr als 60 autokratisch geführten Ländern der Welt. Sein Ziel ist es, den Kampf für Freiheit gegen autokratischen Regimen zu unterstützen, internationale Solidarität zu fördern und eine gemeinsame Strategie für den Vormarsch der Demokratie zu entwickeln. Eröffnet wurde der internationale Kongress von Burkhard Kieker, Geschäftsführer von visitBerlin.

Die Berlin Freedom Conference im Gasometer

Ein Höhepunkt war die „Berlin Freedom Conference“ am 10. November im Gasometer auf dem EUREF-Campus mit 1.000 Gästen. Mehr als 60 Stimmen aus deutscher und internationaler Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und den Medien diskutierten über Lösungen zur Stärkung von Freiheit und Demokratie weltweit.

Zu den Vortragenden gehörten u.a die iranische Journalistin und Frauenrechtsaktivistin Masih Alinejad, die ehemalige Präsidentin Taiwans Tsai Ing-wen, die venezolanischen Oppositionsführer Edmundo González und Leopoldo López, der russische Dissident Garry Kasparov, die ukrainische Friedensnobelpreisträgerin Oleksandra Matviichuk, die ehemalige Digitalministerin aus Taiwan, Audrey Tang und viele weitere globale Demokratieverteidiger.

Aus der deutschen Politik sprachen der Regierende Bürgermeister von Berlin Kai Wegner, Bundestagspräsidentin Julia Klöckner, Karin Priem, Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Hannah Neumann, EU Abgeordnete der Grünen, über Lösungen zum Schutz der Freiheit und Demokratie in Zeiten wachsender Bedrohung durch Autokratien.

Am Abend ehrte die Axel Springer Freedom Foundation den inhaftierten Bürgermeister der Berliner Partnerstadt Istanbul, Ekrem İmamoğlu, sowie seine Ehefrau Dilek İmamoğlu, mit dem jährlichen „Award for Courage“. Der Preis wurde im Roten Rathaus verliehen. Die erste „Berliner Freedom Week“ war, laut Initiatoren, ein voller Erfolg, sowie ein starkes Signal für Freiheit und Demokratie. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner kündigte an, dass die „Berlin Freedom Week“ zukünftig jährlich rund um den Mauerfall-jahrestag stattfinden soll. |

Autor: Christian Grosse



Zwischen Elbe und Federkleid – die Krähengrenze in Deutschland



Begegnung an der Elbe – Rabenkrähe und Nebelkrähe im Dialog der Evolution (KI-Bild)

Die sogenannte Krähengrenze teilt Deutschland ornithologisch in zwei Hälften: westlich der Elbe dominiert die tiefschwarze Rabenkrähe (*Corvus corone*), östlich die grau-schwarz gefiederte Nebelkrähe (*Corvus cornix*). Dieses Phänomen wurde bereits im 19. Jahrhundert beobachtet, doch erst moderne DNA-Analysen bestätigten, dass es sich um zwei genetisch getrennte Arten handelt. Forscher der Universität Uppsala und des Max-Planck-Instituts entschlüsselten 2014 mithilfe von Genomsequenzierungen, dass trotz gelegentlicher Hybridisierung in der Übergangszone keine vollständige Vermischung stattfindet – ein Paradebeispiel für parapatrische Artbildung.

Die Ursache liegt in historischen Eiszeitwanderungen und unterschiedlichen Anpassungen an Lebensräume. Laut NABU leben in Deutschland rund 600.000 bis 800.000 Aaskrähen – eine Sammelbezeichnung für beide Arten. Die Krähengrenze bleibt ein faszinierendes Zeugnis evolutionärer Trennung mitten in Mitteleuropa.

Forscher fanden heraus, dass Menschen nach dem Konsum von Alkohol manchmal besser eine Fremdsprache sprechen können.

Im Jahr 2024 gingen freiwillige Einzahlungen in Höhe von insgesamt 74.455,87 Euro auf das Schuldentilgungskonto des Bundes ein. Das sind rund 32.000 Euro weniger als im Jahr zuvor.

Wenn wir in einer fremden Umgebung schlafen, bleibt eine Hirnhälfte aktiver und überwacht die Umgebung stärker. Dadurch schlafen wir in der ersten Nacht oft unruhiger. Die Wissenschaft nennt dies den First-Night-Effekt.

In Schweden gehört es an Weihnachten fast schon zur Pflicht, Kalle Anka och hans vänner önskar God Jul (Donald Duck und seine Freunde wünschen frohe Weihnachten) zu schauen. Die Sendung läuft seit 1959 und zeigt einen bunten Zusammenschnitt von Disney-Trickfilmen, von denen viele gar nichts mit Weihnachten zu tun haben.

Nach dem Heft, vor dem Web - auf NewsMark.de lesen

QR-Code scannen und Artikel im Internet lesen



Die Friedenswurst ist ohne Fleisch – oder wie der Kanzler die Soja-Wurst erfand

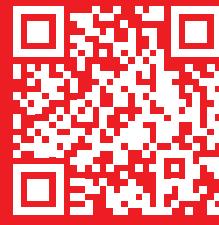


Das Heydar-Aliyev-Zentrum in Baku



Berlin 2030: Wie die additive Fertigung die Hauptstadt zur nächsten Industriemacht macht





Jetzt
spenden!

Nothilfe Nahost

Im Nahen Osten herrscht eine humanitäre Katastrophe. Unser Bündnis hilft mit Wasser, Nahrung und medizinischer Versorgung.

Helfen Sie den Menschen jetzt – mit Ihrer Spende!

Aktion-Deutschland-Hilft.de

Bündnis der Hilfsorganisationen



**Aktion
Deutschland Hilft**

Ebent mal die Welt retten.

Made by Alle.

Made for Uns.



Gemeinsam für 17 Nachhaltigkeitsziele.
QR-Code scannen und mitmachen
unter globalgoalsberlin.de

**Global Goals
Berlin**

**EXPO
2035
BERLIN**